

## Multi-model based real-time final product quality control strategy for batch processes.

*'zur zeit gibt es in deutschland rund 2 millionen pflegebedürftige, d.h. leistungsempfänger der pflegeversicherung. vorausschätzungen gehen von einem anstieg der pflegebedürftigen um rund 1 million bis zum jahr 2020 aus, und bis zum jahr 2050 wird mit insgesamt 4,7 millionen pflegebedürftigen gerechnet. aufgrund der alterung der bevölkerung sind in fast allen europäischen ländern ähnliche entwicklungen zu erwarten, wenn auch in unterschiedlichem ausmaß. es stellt sich die frage, wie der wachsende bedarf an pflege und betreuung alter menschen zukünftig gedeckt werden kann, insbesondere wie sich die lastverteilung zwischen familien, professionellen ambulanten diensten und institutioneller langzeitpflege in den einzelnen ländern gestalten wird. der vorliegende beitrag untersucht anhand der daten des eurobarometers und des europäischen haushaltspanels einige für diese frage relevante einstellungs- und verhaltensindikatoren und diskutiert die daraus zu ziehenden schlussfolgerungen. die analysen konzentrieren sich auf deutschland im vergleich zu den skandinavischen eu-ländern auf der einen und den südeuropäischen eu-ländern auf der anderen seite. diese beiden ländergruppen bilden die extreme in einer klassifikation der eu-länder nach der konfiguration der wohlfahrtsproduzierenden institutionen - arbeitsmarkt, wohlfahrtsstaat und familie (vogel 1999). die nordischen länder sind durch eine hohe arbeitsmarktbeteiligung der frauen, umfangreiche wohlfahrtsstaatliche leistungen, aber schwache familiäre bindungen charakterisiert, während die südeuropäischen länder durch ein vergleichsweise geringes beschäftigungsniveau der frauen, begrenzte wohlfahrtsstaatliche leistungen, aber starke traditionelle familienstrukturen gekennzeichnet sind. deutschland nimmt in dieser klassifikation zusammen mit anderen mitteleuropäischen ländern eine mittlere position ein. im hinblick auf die betreuung und pflege alter menschen ist zu erwarten, dass familiäre leistungen in den südeuropäischen ländern eine höhere und in den nordeuropäischen ländern eine geringere bedeutung als in deutschland haben.'*

### 1. Einleitung

Bereits seit den 1980er Jahren problematisieren sozialwissenschaftliche Geschlechter-forscherinnen und Gleichstellungspolitikern Teilzeitarbeit als hoch ambivalente Strategie für Frauen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf: Kritisiert werden mangelnde Existenzsicherung, fehlendes Prestige und die geschlechterhierarchisierende vertikale und horizontale Arbeitsmarktsegregation (Jurczyk/ Kudera 1991; Kurz-Scherf 1993, 1995; Floßmann/Hauder 1998; Altendorfer 1999; Tálos 1999). In wohlfahrtsstaatlichen Arbeiten wird kritisch hervorgehoben, dass Ideologie und Praxis von Teilzeitarbeit, die als „Zuverdienst“ von Ehefrauen und Müttern zum männlichen Familieneinkommen konstruiert werden, das *male-breadwinner*-Modell (Sainsbury 1999) selbst dann noch stützen, wenn dieses angesichts hoher struktureller Erwerbslosigkeit und der Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse bereits erodiert ist. Als frauenpolitisch intendiertes Instrument wird

schließlich Teilzeitarbeit als verkürzte „Bedürfnisinterpretation“ (Fraser 1994) identifiziert: Die Arbeitszeitreduktion von Frauen wird als Vereinbarung von Familie und Beruf, nicht aber von Familie und Karriere gedacht und realisiert.

Aus der Sicht von PolitikerInnen, Führungskräften und SozialwissenschaftlerInnen verlangen hochqualifizierte Funktionen und leitende Positionen, d.h. Arbeitsplätze, die mit Macht, Geld und gesellschaftlichem Ansehen ausgestattet sind, ungeteilten Einsatz, Anwesenheit und Loyalität. Leitbilder von Führung enthalten die Prämisse der „Rund-um-die-Uhr-Verfügbarkeit“ im Sinne eines weit über die Normalarbeitszeit hinausgehenden zeitlichen Engagements (Burla et al. 1994; Kieser et al. 1995).

Demgegenüber gibt es aber empirische Evidenzen dafür, dass Leitungsfunktionen im Rahmen verkürzter Arbeitszeit wahrgenommen werden können. Ein Beispiel sind öffentlich Bedienstete, die in Österreich zur Ausübung eines politischen Demgegenüber gibt es aber empirische Evidenzen dafür, dass